

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

| | | |
|---|----------------------|--|
| Federführender Fachbereich Jugend und Soziales | | Drucksachen-Nr. 170/2008 |
| | | <input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich |
| | | <input type="checkbox"/> Nichtöffentlich |
| Beschlussvorlage | | |
| Beratungsfolge ▼ | Sitzungsdatum | Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung) |
| Finanz- und Liegenschaftsausschuss | 17.04.2008 | Beratung |
| Jugendhilfeausschuss | 22.04.2008 | Beratung |
| Rat | 24.04.2008 | Entscheidung |

Tagesordnungspunkt

Neufassung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

Beschlussvorschlag:

@->

Der Neufassung der städtischen „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ wird zugestimmt.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Die derzeit gültigen städtischen „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ stammen aus dem Jahre 1984 und wurden zwischenzeitlich mehrfach an neue rechtliche Regelungen und besondere Entwicklungen in Bergisch Gladbach angepasst. Mit der Ablösung des Kindertagesstättengesetzes (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK) durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zum 01.08.2008 ist es erforderlich, die städtischen Kindertagesstättenrichtlinien völlig neu zu fassen.

Die Grundlage für die Richtlinien bilden

- das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Verbindung mit der Entschließung des Landtags, ab 2010 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für zweijährige Kinder einzuführen,
- die JHA-Vorlage „Bedarfsplanung und Betriebskostenförderung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2008/2009) für die Sitzung am 12.02.2008 (Drucksachen-Nr. 77/2008),
- die JHA-Vorlage zu integrativen Kindergartengruppen für die Sitzung am 22.04.2008 (Drucksache 153/2008),
- die derzeit gültigen Kindertagesstättenrichtlinien der Stadt Bergisch Gladbach.

Im Wesentlichen basieren die Richtlinien auf der Vorlage 77/2008. In finanzieller Hinsicht sind folgende Punkte von Bedeutung:

- Die Höhe der Betriebskostenförderung ändert sich bei Kindertagesstätten von Kirchengemeinden aufgrund der gesetzlichen Vorgabe von 80 % auf 88 %; im Übrigen bleiben die Fördersätze unverändert.
- Neu sind die Sonderförderungen für familienfreundliche Zusatzleistungen und für verlängerte Öffnungszeiten, die unter dem Förderungsvorbehalt stehen, dass der Stadt dafür zusätzliche Mittel (z.B. aus dem Bundesprogramm) zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus enthalten die Richtlinien folgende Aspekte, die in den Vorlagen 77/2008 und 153/2008 nicht oder so nicht angesprochen worden sind:

- Die Regelungen zur Elternmitwirkung sind im KiBiz allgemeiner gehalten als im GTK. Anliegen des Jugendamtes ist es, die im Gesetz offen gelassenen Fragen zur Geschäftsordnung der Mitwirkungsgruppen und zur Festsetzung der Öffnungszeiten zu klären und Regelungen zur Haushaltsplanung und Mittelverwendung analog zu den städtischen OGS-Richtlinien einzubeziehen.
- Das Investitionsprogramm des Bundes zum Ausbau des Krippenangebots (2008 – 2013) sieht vor, dass die anererkennungsfähigen Investitionskosten zu 90 % aus Bundesmitteln finanziert werden; 10 % müssen vor Ort aufgebracht werden. Es wird vorgeschlagen, den 10%igen Anteil wie bei dem Investitionsprogramm für Ganztagschulen seitens der Stadt beizusteuern und dies in der mittelfristigen Finanzplanung mit zu berücksichtigen.

Von den derzeit gültigen städtischen Kindertagesstättenrichtlinien wurden insbesondere folgende Regelungen übernommen:

- die Übernahme von Trägeranteilen für finanzschwache Eltern, deren Kinder eine Kindertagesstätte eines Elternvereins besuchen,
- die Übernahme von Miet- oder Pachtzinsen für Kita-Grundstücke und
- die Förderung der Fachberatung.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch nicht alle Ausführungsbestimmungen zum KiBiz vor. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Ausführungsbestimmungen es erforderlich machen, die städtischen Kindertagesstätten-Richtlinien daran anzupassen. Ebenso werden die Erfahrungen mit der Umsetzung des KiBiz unter Umständen eine Anpassung der Richtlinien erforderlich machen.

Gleichwohl sollten die städtischen Richtlinien schon jetzt beschlossen werden, um den Trägern, dem Personal und den Eltern gerade in einer Phase des Umbruchs die nötige Orientierung und Sicherheit zu geben.

Der Entwurf der Kindertagesstätten-Richtlinien wurde in den Sitzungen der Planungsgruppe "Tagesbetreuung für Kinder" am 4. und 12. März 2008 beraten; die Beratungsergebnisse sind in die vorliegenden Richtlinien eingearbeitet worden. Über die Ergebnisse der Beratung in der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe wird im Ausschuss mündlich berichtet.

Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom 24.04.2008

Übersicht

1. Rechtliche Grundlagen
2. Auftrag
3. Träger
4. Elternmitwirkung
5. Angebotsstruktur
6. Räumliche, sachliche und personelle Ausstattung
7. Öffnungszeiten und Betreuungszeiten
8. Aufnahme der Kinder und Belegungsspielräume
9. Betriebskosten - Regelförderung
10. Betriebskosten - Sonderförderung
11. Bau- und Einrichtungskosten
12. Elternbeiträge
13. Förderung der Fachberatung
14. Schlussbestimmungen

1. Rechtliche Grundlagen

Soweit nicht weitergehende Regelungen durch diese Richtlinien erfolgen, bilden insbesondere die im folgenden genannten bundes- und landesrechtlichen Regelungen die Grundlage für die Förderung der Kindertagesstätten durch das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach:

- Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfe) vom 26.06.1990 in der jeweils gültigen Fassung,
- Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ (Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz – KBFG) vom 25.10.2007, die darüber getroffene Bund-Länder-Vereinbarung und die dazu vom Land erlassenen Ausführungsbestimmungen,
- Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) vom 25.10.2007 in der jeweils gültigen Fassung sowie die zum Kinderbildungsgesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen (Verordnungen und Erlasse) und getroffenen Vereinbarungen,

2. Auftrag

2.1 Auftrag nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (§§ 1 und 22 SGB VIII)

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. In diesem Sinne sollen die Kindertagesstätten als Teil der Jugendhilfe insbesondere

1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,
2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,
3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,
4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

(2) Kindertagesstätten sollen

1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,
2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,
3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.

Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.

2.2 Auftrag nach dem Kinderbildungsgesetz (§ 13 KiBiz)

(1) Kindertagesstätten führen die Bildung, Erziehung und Betreuung nach einem eigenen träger- oder einrichtungsspezifischen pädagogischen Konzept durch.

(2) Die Bildungs- und Erziehungsarbeit zielt darauf ab, das Kind unter Beachtung der in Artikel 7 der Landesverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen genannten Grundsätze in seiner Entwicklung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern, es zu Verantwor-

tungsbereitschaft, Gemeinsinn und Toleranz zu befähigen, seine inter-kulturelle Kompetenz zu stärken, die Herausbildung kultureller Fähigkeiten zu ermöglichen und die Aneignung von Wissen und Fertigkeiten in allen Entwicklungsbereichen zu unterstützen.

(3) Die Kindertagesstätten haben ihre Bildungskonzepte so zu gestalten, dass die individuelle Bildungsförderung die unterschiedlichen Lebenslagen der Kinder und ihrer Eltern berücksichtigt und unabhängig von der sozialen Situation der Kinder sichergestellt ist. Die Einrichtungen sollen die Eltern über die Ergebnisse der Bildungsförderung regelmäßig unterrichten.

(4) Die Kinder wirken bei der Gestaltung des Alltags in der Kindertageseinrichtung ihrem Alter und ihren Bedürfnissen entsprechend mit.

(5) Die Entwicklung des Kindes soll beobachtet und regelmäßig dokumentiert werden. Die Bildungsdokumentation setzt die schriftliche Zustimmung der Eltern voraus.

(6) Zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages gehört die kontinuierliche Förderung der Sprachentwicklung des Kindes im Sinne des § 22 Absatz 3 SGB VIII. Das pädagogische Konzept nach Absatz 1 muss Ausführungen zur Sprachförderung enthalten. Verfügt ein Kind nicht in altersgemäß üblichem Umfang über deutsche Sprachkenntnisse, hat die Kindertagesstätte dafür Sorge zu tragen, dass es eine zusätzliche Sprachförderung erhält.

2.3 Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII)

In einer Vereinbarung mit den Trägern der Kindertagesstätten ist sicherzustellen, dass deren Fachkräfte den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen. Insbesondere ist in die Vereinbarung die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte bei den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden.

3. Träger

(1) Kindertagesstätten sind förderungsfähig, wenn sie von einem nach § 75 Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfe) anerkannten Träger der freien Jugendhilfe betrieben werden. Eine über die gesetzliche Mindestförderung hinausgehende städtische Förderung erhalten nur die Träger, die Mitglied in einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege sind.

(2) Der Träger muss bereit und in der Lage sein, bedarfsgerechte und geeignete Kindertagesstätten zu schaffen und Eigenleistungen zu erbringen.

(3) Entsprechend der Finanzkraft der Träger der freien Jugendhilfe wird bei der Förderung der Kindertagesstätten unterschieden zwischen

1. Kirchengemeinden und Kirchengemeindeverbänden,
2. kirchlichen Trägern, die am Kirchensteueraufkommen nicht direkt partizipieren (z.B. Caritasverband, kirchliche Stiftungen),
3. Elternvereinen und anderen finanzschwachen Trägern.

(4) Träger, die eine über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende städtische Förderung erhalten, müssen jährlich der Stadt ihre Solvenz in einem mit den betreffenden Spitzenverbänden vereinbarten Verfahren nachweisen.

4. Elternmitwirkung

(1) In § 9 Kinderbildungsgesetz ist geregelt, dass das Verfahren über die Zusammensetzung der Elternversammlung, den Elternbeirat und den Rat der Kindertagesstätte sowie die Geschäftsordnung der Gremien vom Träger im Einvernehmen mit den Eltern festgelegt wird. Gelingt es Träger und Eltern nicht, ein Einvernehmen über die Aufstellung der Geschäftsordnung zu erzielen, vermittelt die Fachberatung des zuständigen Wohlfahrtsverbandes und / oder des Jugendamtes mit dem Ziel der Verständigung.

(2) Das Jugendamt empfiehlt den Trägern, den Eltern über die Regelungen des Kinderbildungsgesetzes hinaus folgende Mitsprache einzuräumen:

1. Der Elternbeirat ist vor der Einstellung und arbeitgeberseitigen ordentlichen Kündigungen von pädagogisch tätigen Kräften, soweit es sich nicht um Aushilfskräfte handelt, anzuhören. Über eine außerordentliche Kündigung ist er zu unterrichten. Dabei sind insbesondere datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten.

2. Der Rat der Kindertagesstätte vereinbart die Öffnungszeiten der Kindertagesstätte und empfiehlt für die drei Betreuungsbudgets verschiedene Betreuungszeiten. Er legt den Termin der Betriebsferien fest und entscheidet über die Schließung an einzelnen Tagen. Ist eine Verständigung über die Öffnungszeiten nicht möglich, vermittelt die Fachberatung des zuständigen Wohlfahrtsverbandes und / oder des Jugendamtes mit dem Ziel der Verständigung.

3. Der Rat der Kindertagesstätte nimmt den Haushaltsplan für das begonnene Kindergartenjahr und den Jahresabschluss für das abgelaufene Kindergartenjahr zur Kenntnis und nimmt dazu Stellung.

(3) Die freiwillige und auf Eigeninitiative beruhende Mitwirkung der Eltern am Kindertagesstättenleben ist erwünscht und wird begrüßt. Hingegen ist die zwangsweise Verpflichtung der Eltern zur Mitarbeit aufgrund der umfassenden Förderung nicht gerechtfertigt. Eltern sollen vom Träger über das gesetzlich vorgegebene Maß hinaus nicht zu Sach- und Finanzleistungen verpflichtet werden. Insbesondere darf die Mitgliedschaft in einem Träger- oder Förderverein nicht zu einer bevorzugten Aufnahme der Kinder führen, sollen keine Aufnahmegebühren erhoben werden und sollen die Eltern nicht zu Arbeitsleistungen bzw. ersatzweise Geldzahlungen verpflichtet werden.

5. Angebotsstruktur

Die Angebotsstruktur definiert sich durch die Gruppenformen (siehe Ziffer 5.1) und die Verteilung der drei Betreuungsbudgets auf die Gruppenformen (siehe Ziffer 5.2).

5.1 Gruppenformen

(1) Im Kinderbildungsgesetz sind die Gruppenformen I bis III ausgewiesen. Um an die bestehende Angebotsstruktur der Kindertagesstätten anzuknüpfen und sie bedarfsgerecht weiterentwickeln zu können, wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, aus den drei Gruppenformen sechs weitere Gruppenformen zu bilden, so dass sich insgesamt neun Gruppenformen ergeben:

1. Gruppenform I – Kindergartengruppe für Kinder ab zwei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 20 Kindern
2. Gruppenform II – Krippengruppe für Kinder ab vier Monate bis drei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 10 Kindern
3. Gruppenform III – Kindergartengruppe für Kinder ab drei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 25 Kindern
4. Gruppenform IV – Kleine Altersgemischte Gruppe für Kinder ab vier Monate mit einer Regelgruppenstärke von 15 Kindern (7 bis 8 Krippen- und 7 bis 8 Kindergartenkinder)
5. Gruppenform V – Kleine Altersgemischte Gruppe für Kinder ab vier Monate mit einer Regelgruppenstärke von 15 Kindern (10 Krippen- und 5 Kindergartenkinder)
6. Gruppenform VI – Integrative Gruppe für Kinder ab zwei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 15 Kindern
7. Gruppenform VII – Integrative Gruppe für Kinder ab drei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 15 Kindern
8. Gruppenform VIII – Waldkindergartengruppe für Kinder ab drei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 15 Kindern
9. Gruppenform IX – Waldgruppe an Kindertagesstätten für Kinder ab drei Jahre mit einer Regelgruppenstärke 15 Kindern

(2) Maßstab für die Beurteilung des Alters der Kinder und damit die Zuordnung der Kinder zu den Gruppenformen ist zum einen der 1. November und zum anderen der Zeitpunkt, zu dem die Kinder in die Kindertagesstätte aufgenommen werden. So zählt ein Kind, das am 1. August in eine Kindertagesstätte aufgenommen wurde und am 1. Dezember drei Jahre alt wird, das gesamte Kindergartenjahr als zweijähriges Kind; würde dasselbe Kind erst im Januar des Folgejahres aufgenommen, dann zählt es für das restliche Kindergartenjahr als dreijähriges Kind. Dies gilt analog für einjährige Kinder.

5.2 Betreuungsbudgets

(1) In den Gruppenformen I bis V sollen die drei Betreuungsbudgets von 25, 35 und 45 Wochenstunden angeboten werden. Die Verteilung der Budgets auf die Gruppen wird jährlich im Rahmen der Jugendhilfeplanung festgelegt. Dabei sollen Kindertagesstätten in den Wohnquartieren mit einem hohen Anteil an Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, mit einem hohen Anteil an Eltern, die allein erziehend sind, und mit einem hohen Anteil an Eltern, die arbeitslos sind, einen höheren Anteil an Plätzen mit 45 Wochenstunden erhalten.

(2) In Integrativen Gruppen (Gruppenformen VI und VII) sollen die beiden Betreuungsbudgets von 35 und 45 Wochenstunden angeboten werden, solange der überörtliche Träger der Sozialhilfe diese Beschränkung vorgibt. Integrative Gruppen können im Rahmen der jährlichen Jugendhilfeplanung auch als Ganztagsgruppen festgelegt werden.

(3) In eingruppigen Einrichtungen und in Kindertagesstätten, für die Betriebe über die Mehrzahl der Plätze ein Belegungsrecht haben, kann eine eingeschränkte Wahl der Betreuungsbudgets vereinbart werden.

6. Räumliche, sachliche und personelle Ausstattung

6.1 Räumliche und sachliche Ausstattung

Für die räumliche und sachliche Ausstattung der Kindertagesstätten dienen die „Empfehlungen zum Bau und zur Ausstattung von Tageseinrichtungen für Kinder“ (Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 09.06.1994) als Orientierung.

6.2 Personelle Ausstattung

(1) Aus der für die einzelne Kindertagesstätte festgelegten Angebotsstruktur lässt sich zusammen mit den in der Anlage zu § 19 KiBiz ausgewiesenen Personalstunden das Personalbudget ableiten. Dieses Personalbudget ist keine zwingende Vorgabe, sondern dient gemäß § 18 (4) als Orientierung.

(2) Die Leitung der Einrichtung und die Leitung jeder Gruppe muss gemäß § 18 (3) 2 einer sozialpädagogischen Fachkraft übertragen werden. Gemäß den „Qualitätszielen in Einrichtungen für kleine Kinder“ des Netzwerks Kinderbetreuung der Europäischen Kommission, die die Bundesregierung 1996 unterzeichnet hat, wird empfohlen, dass mindestens 60 % der pädagogisch tätigen Kräfte über eine sozialpädagogische Ausbildung verfügen (Ziel 26); dabei werden Zivildienstleistende und junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr nicht und Berufspraktikantinnen / Berufspraktikanten im Anerkennungsjahr anteilig angerechnet.

(3) In Kindertagesstätten können andere Fachkräfte wie z.B. hauswirtschaftliche Fachkräfte, Pflegekräfte, handwerkliche Fachkräfte, therapeutische und Beratungskräfte, Fachkräfte mit musischer und sportlicher Ausbildung beschäftigt werden. Ebenso ist es möglich, aus dem Finanzbudget Entgelte für Zivildienstleistende und junge Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten, zu finanzieren.

(4) Das Finanzbudget deckt die Vertretungskosten und soll auch für die Vergütung der Berufspraktikantinnen / Berufspraktikanten im Anerkennungsjahr verwendet werden.

7. Öffnungszeiten und Betreuungszeiten

7.1 Öffnungszeiten

(1) In eingruppigen Kindertagesstätten wird die Mindestöffnungszeit durch das Betreuungsbudget mit der höchsten Stundenzahl bestimmt.

(2) Mehrgruppige Kindertagesstätten haben eine Mindestöffnungszeit von wöchentlich 45 Stunden (z.B. montags bis freitags von 7:30 bis 16:30 Uhr).

(3) Für mehrgruppige Kindertagesstätten wird eine Regelöffnungszeit von wöchentlich 50 Stunden empfohlen (z.B. montags bis freitags von 7:00 bis 17:00 Uhr). Für Kindertagesstätten, die nach Ziffer 9.1 dieser Richtlinien familienfreundliche Zusatzleistungen erbringen und entsprechend gefördert werden, gilt die Regelöffnungszeit von 50 Wochenstunden als Mindestanforderung.

(4) Ein Teil der Kindertagesstätten soll eine verlängerte Öffnungszeit von wöchentlich 55 Stunden anbieten (z.B. montags bis freitags von 7:00 bis 18:00 Uhr). Für diese Kindertagesstätten ist eine Sonderförderung vorgesehen, um damit das zusätzlich erforderliche Personal anstellen zu können (vgl. Ziffer 9.2 dieser Richtlinien).

(5) Neben einer täglich gleich langen Öffnungszeit ist es auch möglich, die Wochenöffnungszeit bedarfsgerecht auf die Öffnungstage zu verteilen.

7.2 Betreuungszeiten

(1) Die Kindertagesstätten sollen den Eltern im Rahmen der vereinbarten Betreuungsbudgets und unter Beachtung der Öffnungszeit der Einrichtung und ggf. einer Kernzeit verschiedene Betreuungszeiten anbieten, in denen die Kinder die Kindertagesstätte regelmäßig besuchen.

(2) Der Abschluss von Betreuungsverträgen über 25 oder 35 Wochenstunden darf nicht dazu führen, dass Kinder von Fördermaßnahmen, von Arbeitsgemeinschaften für bestimmte Kindergruppen, von Ausflügen oder Festen und Feiern ausgeschlossen werden.

7.3 Betriebsferien und Schließung an einzelnen Tagen

(1) Die Kindertagesstätten können in den Sommerferien (Betriebsferien) bis zu drei Wochen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr schließen. Ferner können die Kindertagesstätten an einzelnen Tagen schließen (z.B. pädagogischer Klausurtag, Betriebsausflug).

(2) Die Terminierung der Betriebsferien soll in Abstimmung mit benachbarten Kindertagesstätten bzw. Kindertagesstätten desselben Trägers erfolgen und setzt das Einvernehmen im Rat der Kindertagesstätte voraus; die Schließung der Kindertagesstätten an einzelnen Tagen setzt ebenfalls das Einvernehmen mit dem Rat der Kindertagesstätte voraus. Über die Schließungszeiten sind die Eltern frühzeitig zu unterrichten.

8. Aufnahme der Kinder und Belegungsspielräume

8.1 Aufnahme der Kinder

(1) Die Aufnahme in eine Kindertagesstätte in Bergisch Gladbach setzt voraus, dass das Kind seinen gewöhnlicher Aufenthaltsort in Bergisch Gladbach hat. Dies setzt in aller Regel voraus, dass das Kind seinen Erstwohnsitz in Bergisch Gladbach hat. Auswärtige Kinder können aufgenommen werden, wenn sie Bergisch Gladbacher Kindern gleichgestellt werden. Für alle übrigen auswärtigen Kinder, die nicht Bergisch Gladbacher Kindern gleichgestellt werden, ist eine Aufnahme in eine Kindertagesstätte in Bergisch Gladbach nicht möglich und der Abschluss eines Betreuungsvertrages nicht zulässig (vgl. Ziffer 9.2 dieser Richtlinien).

(2) Von den Kindern, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Bergisch Gladbach haben oder diesen gleichgestellt werden, sind bei der Aufnahme zunächst vorrangig die Kinder zu berücksichtigen, die einen Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz haben.

(3) Neben der Aufnahme der Kinder zu Beginn des Kindergartenjahres am 1. August sollen Kinder auch im laufenden Betreuungsjahr aufgenommen werden, um dem Rechtsanspruch auf einen Krip-

pen- oder Kindergartenplatz, dem Bedarf von zugezogenen Familien und dem Bedarf von Familien in Notlagen entsprechen zu können. Ebenso soll Familien bei sich ändernder Bedarfslage auch im laufenden Kindergartenjahr die Aufnahme bzw. der Wechsel auf eine andere Platzart ermöglicht werden, soweit sich daraus für den Träger keine finanziellen Nachteile ergeben.

8.2 Belegungsspielräume nach dem Alter der Kinder

(1) In Gruppenform I (Kindergartengruppe für Kinder ab zwei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 20 Kindern) müssen mindestens vier und können höchstens sechs zweijährige Kinder aufgenommen werden. Enthalten Gruppen eine halbe Gruppe der Gruppenform I, müssen mindestens zwei und können höchstens drei zweijährige Kinder aufgenommen werden.

(2) In Gruppenform II (Krippengruppe für Kinder ab vier Monate bis drei Jahre mit einer Regelgruppenstärke von 10 Kindern) und in Gruppenformen, die Plätze der Gruppenform II enthalten, sollen sieben, mindestens aber sechs Kinder im Alter unter zwei Jahren aufgenommen werden.

(3) In Gruppenform IV (Kleine Altersgemischte Gruppe für Kinder ab vier Monate mit einer Regelgruppenstärke von 15 Kindern, davon jeweils sieben bis acht Krippen- und Kindergartenkinder) sollen fünf, mindestens aber drei Kinder im Alter unter zwei Jahren aufgenommen werden.

8.3 Belegungsspielräume nach den Betreuungsbudgets

(1) Die Verständigung über die Angebotsstruktur [vgl. Ziffer 9.1 (2) dieser Richtlinien] erfolgt mit dem Ziel, sich der tatsächlichen Nachfrage der Eltern anzunähern. Die tatsächliche Aufnahme der Kinder wird aber immer zu Abweichungen von der Planung führen. Das Kinderbildungsgesetz lässt diese Abweichungen zu und bietet dafür verschiedene Belegungsspielräume.

(2) Mittelwertkonzept: Das Mittelwertkonzept erlaubt es, verteilt über das Jahr Kinder aufzunehmen, ohne dass im Jahresmittel die Regelgruppenstärke überschritten wird. Danach bleiben in den Gruppen zu Beginn des Kindergartenjahres ein bis drei Plätze frei, in der Mitte des Kindergartenjahres sind alle Plätze belegt und zum Jahresende erfolgen ein bis drei Überbelegungen; im Jahresdurchschnitt bleibt es aber bei der Regelgruppenstärke von 15, 20 oder 25 Plätzen. In § 19 (1) des KiBiz wird dem Mittelwertkonzept Rechnung getragen: Nimmt ein Kind nicht das gesamte Kindergartenjahr seinen Platz in Anspruch, wird die Kindpauschale nur anteilig gewährt, d.h. es werden nur die Monate, die das Kind die Einrichtung besucht, erfasst.

(3) Tausch von Plätzen mit unterschiedlichen Betreuungsbudgets: Es ist möglich, in etwa kostenneutral aus zwei Plätzen einer Gruppenform mit 35 Wochenstunden je einen Platz mit 25 und 45 Wochenstunden zu bilden; das Gleiche gilt umgekehrt. Ebenso können mehr Kinder mit einem kürzeren Betreuungsbudget oder weniger Kinder mit einem längeren Betreuungsbudget aufgenommen werden. So sind z.B. folgende in etwa kostenneutrale Tausche möglich:

- ein 45-Stunden-Platz im Tausch gegen zwei 25-Stunden-Plätze und umgekehrt,
- zwei 45-Stunden-Plätze im Tausch gegen drei 35-Stunden-Plätze und umgekehrt,
- zwei 35-Stunden-Plätze im Tausch gegen drei 25 Stunden-Platz und umgekehrt.

(4) 10-Prozent-Korridor: Gemäß § 19 (3) Kinderbildungsgesetz haben Unter- oder Überbelegungen auf das Gesamtbudget der Einrichtung keine Auswirkung, wenn die dadurch sich ergebende Summe der Kindpauschalen innerhalb eines Kindergartenjahres um nicht mehr als 10 % von dem veranschlagten Budget der Kindertagesstätte abweicht.

(5) Bei allen Abweichungen von der vereinbarten Platzzahl, die durch das Mittelwertkonzept, den Tausch von Plätzen oder durch den 10-Prozent-Korridor entstehen, soll die Zahl der Kinder im Jahresmittel um nicht mehr als zwei Kinder je Gruppe unter- oder überschritten werden. Zeichnet sich ab, dass die Zahl der Kinder im Jahresmittel um mehr als zwei Kinder je Gruppe unter- oder überschritten wird oder dass durch die Belegung im Jahresmittel der 10-Prozent-Korridor unter- oder überschritten wird, unterrichtet der Träger umgehend das Jugendamt.

9. Betriebskosten - Regelförderung

9.1 Kindpauschalen, Sonderpauschalen für eingruppige Einrichtungen und Einrichtungen in sozialen Brennpunkten sowie Mietkosten

(1) Die jährlichen Betriebskosten der einzelnen Kindertagesstätten (Budgets der Kindertagesstätten) setzen sich zusammen aus

- den Kindpauschalen gemäß Anlage zu § 19 Kinderbildungsgesetz,
- ggf. der Pauschale für eingruppige Einrichtungen,
- ggf. der Pauschale für Einrichtungen in sozialen Brennpunkten und
- ggf. der Kaltmiete.

(2) Im November / Dezember beraten die Verwaltung des Jugendamtes und die Träger der Kindertagesstätten mit dem Ziel der Verständigung über die Angebotsstruktur der einzelnen Kindertagesstätten im darauf folgenden Kindergartenjahr. Die Beratungsergebnisse sind wesentliche Grundlage für die Bedarfsplanung und Betriebskostenförderung für das folgende Kindergartenjahr und die im Rahmen der Jugendhilfeplanung zu treffende Entscheidung des Jugendhilfeausschusses.

9.2 Gewährung der Kindpauschale für Bergisch Gladbacher Kinder und ihnen gleichgestellte Kinder

(1) Das Jugendamt gewährt für die Kinder Kindpauschalen, deren gewöhnlicher Aufenthaltsort Bergisch Gladbach ist. Dies setzt in aller Regel voraus, dass die Kinder ihren Erstwohnsitz in Bergisch Gladbach haben.

(2) Wohnen Familien an einem Straßenstück, das an Bergisch Gladbach angrenzt und das ausschließlich nach Bergisch Gladbach orientiert ist (siehe Fußnote), werden die Kinder dieser Familien auf Antrag des Trägers Bergisch Gladbacher Kindern gleichgestellt.

(3) Besucht ein Kind einen Kindergarten in Bergisch Gladbach und zieht seine Familie in eine andere Kommune, wird es bis zum Ende des Kindergartenjahres einem Bergisch Gladbacher Kind gleichgestellt.

(4) Zieht eine Familie im Laufe des Kindergartenjahres nach Bergisch Gladbach, so wird das Kind dieser Familie auf Antrag des Trägers ab Beginn des Kindergartenjahres, in dem der Umzug erfolgen wird, einem Bergisch Gladbacher Kind gleichgestellt.

1. Katterbach: Verlängerung der Altenberger-Dom-Straße in Richtung Köln-Dünnwald bis zum Beginn des Waldes

2. Hand: Verlängerung der Handstraße in Richtung Köln-Dellbrück bis zum Beginn des Waldes

3. Refrath: Verlängerung des Buchenkampswegs Richtung Köln-Brück bis zum Beginn des Waldes

(5) Hat die Stadt Bergisch Gladbach mit anderen Kommunen eine Vereinbarung über die gegenseitige Aufnahme von Kindern getroffen, so werden die betreffenden Kinder auf Antrag des Trägers Bergisch Gladbacher Kindern gleichgestellt.

(6) Hat die Stadt Bergisch Gladbach mit Betrieben und den betreffenden Trägern der Kindertagesstätten eine Vereinbarung über die Aufnahme auswärtiger Kinder getroffen, die auch die Übernahme der kommunalen Betriebskostenanteile durch den Betrieb auf der Basis eines Elternbeitragsaufkommens von 19 % der Betriebskosten (gesetzliche Pauschalen und evt. Miete) regelt, so werden die betreffenden Kinder Bergisch Gladbacher Kindern gleichgestellt.

(7) Liegen andere und außergewöhnliche Umstände vor, kann die Verwaltung des Jugendamtes im Ausnahmefall auf Antrag des Trägers auswärtige Kinder Bergisch Gladbacher Kindern gleichstellen. Hierzu zählen auch die auswärtigen Kinder, die am 1. August 2007 eine Kindertagesstätte in Bergisch Gladbach besuchten und für die eine Sondergenehmigung des Jugendamtes bisher nicht erforderlich war.

(8) Für alle übrigen auswärtigen Kinder, die nicht Bergisch Gladbacher Kindern gleichgestellt werden, ist eine Aufnahme in eine Kindertagesstätte in Bergisch Gladbach nicht möglich und der Abschluss eines Betreuungsvertrages nicht zulässig.

9.3 Höhe der Regelförderung

Die Kindpauschalen für Kinder, deren gewöhnlicher Aufenthaltsort Bergisch Gladbach ist, oder die diesen gleichgestellt sind, die Pauschale für eingruppige Einrichtungen, die Pauschale für Einrichtungen in sozialen Brennpunkten und die Kaltmiete werden wie folgt gefördert:

1. Für Kindertagesstätten in Trägerschaft von Kirchengemeinden und Kirchengemeindeverbänden wird der gesetzliche Zuschuss zu den Betriebskosten von 88 % gewährt.
2. Für Kindertagesstätten von kirchlichen Trägern, die am Kirchensteueraufkommen nicht direkt partizipieren, beträgt der städtische Zuschuss zu den Betriebskosten 99 %.
3. Für Kindertagesstätten in Trägerschaft von Elternvereinen und anderen finanzschwachen Trägern beträgt der städtische Zuschuss zu den Betriebskosten 99 %.
4. Unabhängig von der Trägerschaft beträgt für integrative Gruppen der städtische Zuschuss zu den Betriebskosten 99 %.

9.4 Zahlungsweise

Die Betriebskostenförderung gemäß Ziffer 9.1 bis 9.3 dieser Richtlinien wird in zwölf Monatsraten jeweils zu Beginn eines Monats ausgezahlt.

9.5 Zweckentsprechende Verwendung der Budget der Kindertagesstätten

(1) Die Budgets der Kindertagesstätten, die sich nach 9.1 bilden, dürfen ausschließlich zur Erfüllung von Aufgaben nach dem Kinderbildungsgesetz aufgewendet werden.

(2) Zur Deckung von Ausgaben, die sich insbesondere durch die Anstellung von Vertretungskräften und durch Sanierungsmaßnahmen am Kindertagesstättengebäude ergeben können, sind die für den Normalbetrieb nicht verausgabten Betriebskostenmittel anzusammeln („KiBiz-Rücklage“).

(3) Bis zu 5 % des Budgets der Kindertagesstätte gemäß Ziffer 5.1 können für Verwaltungsaufwand / Overheadkosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb der Kindertagesstätte stehen, verwendet werden.

(4) Betreibt ein Träger in Bergisch Gladbach mehrere Kindertagesstätten, so sind die Budgets der Kindertagesstätten seiner Bergisch Gladbacher Kindertagesstätten gegenseitig deckungsfähig, um ggf. nicht ausreichende Budgets einzelner Kindertagesstätten auszugleichen.

10. Betriebskosten - Sonderförderung

10.1 Kommunale Sonderförderung für familienfreundliche Zusatzleistungen

(1) Im Rahmen der Jugendhilfeplanung können alle mehrgruppigen Kindertagesstätten (zwei und mehr Gruppen) in Bergisch Gladbach eine Sonderförderung erhalten, wenn sie familienfreundliche Zusatzleistungen erbringen.

(2) Die Sonderförderung für familienfreundliche Zusatzleistungen ist an die Erfüllung der folgenden Kriterien gebunden:

1. Leistungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- Aufnahme von Kindern im Alter ab vier Monate bis zur Einschulung (bei drei- und viergruppigen Kindertagesstätten),
- Regelöffnungszeiten von wöchentlich mindestens 50 Stunden (z.B. montags bis freitags von 7:00 bis 17:00 Uhr),
- Wahlmöglichkeit der Eltern, zu welchen Zeiten ihre Kinder im Rahmen der Öffnungszeit und der Kernzeiten der Kindertagesstätte und im Rahmen der vereinbarten wöchentlichen Betreuungszeit die Kindertagesstätte regelmäßig besuchen,
- Information und Vermittlung ergänzender Kinderbetreuung (Babysitter mit „Babysitter-Führerschein, „Kleine Kindertagespflege“, Elternselbsthilfe);

2. Elternmitwirkung gemäß Punkt 4 dieser Richtlinien;

3. Familienbildung und -beratung:

- Angebot eines Qualifizierungsprogramms für Eltern zur Erziehung und Bildung sowie zur Versorgung und Pflege der Kinder (z.B. Programm des Kinderschutzbundes „Starke Eltern – Starke Kinder“),
- Information über Angebote der Familienbildung,
- Information über und Vermittlung von Familienberatung;

4. Materielle Leistungen

- kostenlose Bereitstellung von Kita-Räumen für Familienbildung, Familienberatung und ergänzende Kinderbetreuung,
- Bereitstellung von Kita-Räumen gegen Erstattung des Mehraufwandes (Strom, Wasser, Heizung, Reinigung) für Kursangebote für Kinder (z.B. der Musikschule), für Eltern der Kindertagesstätte und anderen Familien aus der Nachbarschaft,
- Bereitstellung des Essens für täglich 1 € für Kinder finanzschwacher Eltern (auf Antrag der Eltern beim Träger),
- bei Elternvereinen und anderen Vereinen: Reduzierung oder Erlass des Mitgliedsbeitrags für finanzschwache Eltern (auf Antrag der Eltern beim Träger).

(3) Das Jugendamt gewährt auf Antrag des Trägers eine Sonderförderung von jährlich 3.000 € je Gruppe. Handelt es sich um Kindertagesstätten in Wohnquartieren mit einem hohen Anteil an Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, mit einem hohen Anteil an Eltern, die alleinerziehend sind, und mit einem hohen Anteil an Eltern, die arbeitslos sind, beträgt die jährliche Sonderförderung 4.000 € je Gruppe.

(4) Eine Anerkennung im Rahmen der Landesförderung „Familienzentren“ schließt eine Sonderförderung nach Absatz 3 nicht aus.

10.2 Kommunale Sonderförderung für verlängerte Öffnungszeiten

(1) Ca. acht der Kindertagesstätten in Bergisch Gladbach sollen eine wöchentliche Öffnungszeit von 55 Wochenstunden anbieten (verlängerte Öffnungszeit; z.B. montags bis freitags von 7:00 bis 18:00 Uhr).

(2) Bei der Auswahl der ca. acht Kindertagesstätten mit einer verlängerten Öffnungszeit im Rahmen der Jugendhilfeplanung sollen folgende Kriterien herangezogen werden:

- Die ca. acht Kindertagesstätten mit einer verlängerten Öffnungszeit sollen sich möglichst gleichmäßig auf das Stadtgebiet verteilen (je zwei in den vier Plangebieten: Bezirk 1, Bezirke 2 und 3, Bezirke 4 und 5 sowie Bezirk 6).
- Es sollen möglichst alle Trägergruppierungen berücksichtigt werden.
- Die Kindertagesstätten sollen mindestens drei Gruppen, am besten vier Gruppen haben.
- Die Kindertagesstätten sollen über mindestens 15 Krippenplätze verfügen.

(3) Das Jugendamt gewährt auf Antrag des Trägers eine Sonderförderung je Einrichtung. Bei Einrichtungen, die gemäß Ziffer 10.1 eine Sonderförderung erhalten, wird jährlich ein zusätzlicher Betrag von 6.000 € gewährt. Bei den übrigen Kindertagesstätten wird ein Betrag von jährlich 12.000 € gewährt. Die Sonderförderung dient insbesondere der Finanzierung des Personals, das zusätzlich eingesetzt werden muss, um die verlängerte Öffnungszeit bereithalten zu können.

10.3 Kommunale Sonderförderung für gepachtete oder gemietete Grundstücke

Für Grundstücke, die für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten gepachtet oder gemietet werden, werden die angemessenen Erbbau- oder Mietzinsen in voller Höhe von der Stadt übernommen.

10.4 Zahlungsweise

Die Betriebskostenförderung gemäß Ziffer 10.1 bis 10.3 dieser Richtlinien erfolgt in Verbindung mit der Betriebskostenförderung gemäß 8.4 dieser Richtlinien.

11. Bau- und Einrichtungskosten

11.1 Anerkennungsfähige Kosten

(1) Bau- und Einrichtungskosten sind die angemessenen Aufwendungen für den Neubau, Umbau, Ersatzbau, Ausbau, Erweiterungsbau und Gebäudekauf, für die Sanierung sowie für die Einrichtung

von Kindertagesstätten. Aufwendungen für den Erwerb und die Erschließung des Grundstücks zählen nicht zu den förderungsfähigen Baukosten.

(2) Maßstab für die Angemessenheit der Baukosten sind die Ergebnisse der baufachlichen Prüfung durch das städtische Hochbauamt. Werden vom Land oder Bund Fördersätze vorgegeben, sind diese bei Planung und Ausführung der Baumaßnahmen und bei der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen zugrunde zu legen.

(3) Zur Vermeidung von Mehrkosten hat der Träger bei Baumaßnahmen eine eigene, vom Architekten losgelöste Kostenkontrolle durchzuführen. Ergeben sich Mehrkosten, die über den angemessenen Kosten liegen, sind diese vom Träger der Kindertagesstätte aufzubringen, soweit sie nicht aus dem Betriebskostenbudget der Kindertagesstätte gedeckt werden können.

11.2 Förderung im Rahmen des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes (Bundesmittel)

Werden einem Träger aufgrund des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes Zuschüsse aus dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ gewährt, so sind dadurch 90 % der angemessenen Bau- und Einrichtungskosten gedeckt. Die verbleibenden 10 % der angemessenen Kosten trägt das Jugendamt.

11.3 Förderung im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes (Landesmittel)

Werden einem Träger gemäß § 24 Kinderbildungsgesetz Zuschüsse zu den Investitionskosten gewährt, so ist der Zuschuss des Jugendamtes unter Verrechnung der alten Rücklage nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder („GTK-Rücklage“) und eventuell gewährter Fördermittel Dritter (z.B. Stiftungen) so zu bemessen, dass sich für

- Kirchengemeinden und Kirchengemeindeverbände ein Eigenanteil von 10 %,
- kirchliche Träger, die am Kirchensteueraufkommen nicht direkt partizipieren, ein Eigenanteil von 5 %,
- Elternvereine und andere finanzschwache Träger ein Eigenanteil von 0 % bei Baumaßnahmen und von 5 % bei ergänzender Ausstattung ergibt.

11.4 Förderung für von Bund oder Land nicht geförderte Bau- und Einrichtungskosten

Für angemessene Bau- und Einrichtungskosten, die weder nach dem Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz noch nach dem Kinderbildungsgesetz gefördert werden, kann unter Verrechnung der „GTK-Rücklage“ und der „KiBiz-Rücklage“ sowie eventuell gewährter Fördermittel Dritter (z.B. Stiftungen) aufgrund von Einzelfallbeschlüssen ein Zuschuss des Jugendamtes gewährt werden.

12. Elternbeiträge

12.1 Elternbeiträge gemäß städtischer Satzung

Für den Besuch einer Kindertagesstätte, deren Betriebskosten nach diesen Richtlinien gefördert werden, erhebt das Jugendamt Elternbeiträge. Maßgeblich ist die „Satzung der Stadt Bergisch

Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern“ in der jeweils gültigen Fassung.

12.2 Übernahme von Trägeranteilen

Sofern Eltern in die erste Einkommensgruppe der städtischen Elternbeitragssatzung eingestuft werden oder der Elternbeitrag ganz oder teilweise gemäß der städtischen Elternbeitragssatzung erlassen wird, wird für Plätze in Kindertagesstätten von Elternvereinen und anderen Initiativgruppen, die zur Deckung des Trägeranteils eine zusätzliche Elternbeteiligung erheben, die zusätzliche Elternbeteiligung in Höhe von monatlich 12,50 € auf Antrag vom Jugendamt übernommen. Liegt der Trägeranteil darüber, wird bei Nachweis der Kosten im Rahmen eines von der Verwaltung festzulegenden Verfahrens der höhere Betrag übernommen. Die Übernahme des Trägeranteils durch die Stadt wird mit der Empfehlung verbunden, dass der ggf. von diesen Eltern seitens des Trägers noch erhobene Vereinsbeitrag die finanzielle Situation der Familie berücksichtigt.

13. Förderung der Fachberatung

13.1 Förderungsvoraussetzungen

(1) Aufgabe der Fachberatung ist sowohl eine sozialpädagogische als auch eine betriebswirtschaftliche Fachberatung der Träger, des Personals und der Elternschaft.

(2) Die sozialpädagogische Fachberatung muss die vom Land geforderten Qualifikationsmerkmale erfüllen.

(3) Die Fachberatung für Kindertagesstätten muss ihren Sitz in Bergisch Gladbach oder in einer angrenzenden Gemeinde des Rheinisch-Bergischen Kreises haben. Der Ansprechpartner für die Dienst- und Fachaufsicht über die Fachberatung muss ebenfalls seinen Sitz in Bergisch Gladbach oder in einer angrenzenden Gemeinde des Rheinisch Bergischen Kreises haben.

(4) Die Förderung der Fachberatung eines finanzschwachen Wohlfahrtsverbandes bedarf des Einzelfallbeschlusses.

13.2 Anerkennungsfähige Kosten und Förderungsumfang

(1) Stellt ein Träger, der nicht aus Kirchensteuermitteln mitfinanziert wird, oder ein Träger, der am Kirchensteueraufkommen nicht direkt partizipiert, für die sozialpädagogische und die betriebswirtschaftliche Fachberatung der Kindertagesstätten entsprechende Fachkräfte an, so gewährt das Jugendamt einen Zuschuss zu den Personalkosten der sozialpädagogischen Fachberatung sowie zu den Personal- und Sachkosten der betriebswirtschaftlichen Fachberatung.

(2) Als angemessener Personalaufwand ist eine Wochenstunde Arbeitszeit je bestehender Gruppe anzusehen. Neben den nach dem Kinderbildungsgesetz geförderten Gruppen werden auch Spielgruppen und Außerunterrichtliche Angebote an Offenen Ganztagschulen anerkannt. Die Gruppen werden wie folgt gezählt:

- eine nach dem Kinderbildungsgesetz geförderte Gruppe 1,0 Gruppe
- alle Spielgruppen eines Trägers an einem Standort 1,0 Gruppe
- bis zu 50 Plätzen im Außerunterrichtlichen Angebot 1,0 Gruppe
- über 50 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot 2,0 Gruppen

(3) Maximal wird für Bergisch Gladbach je Wohlfahrtsverband eine Vollzeitstelle (bzw. zwei Teilzeitstellen, die zusammen eine Vollzeitstelle ausmachen) für sozialpädagogische und betriebswirtschaftliche Fachberatung zusammen gefördert. Der Personalkostenzuschuss ist so zu bemessen, dass unter Verrechnung der evtl. Landesförderung der Träger einen Eigenanteil von 1 % aufzubringen hat.

(4) Zu den Sachkosten für die betriebswirtschaftliche Fachberatung wird ein jährlicher Zuschuss von 61,36 € je bestehender Gruppe gewährt.

14. Schlussbestimmungen

14.1 Rechtsanspruch

(1) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuschüssen besteht nur, soweit er sich aus dem Kinderbildungsgesetz ergibt. Die darüber hinausgehende freiwillige Förderung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

(2) Die Gewährung der Sonderförderung für familienfreundliche Zusatzleistungen nach 10.1 und für verlängerte Öffnungszeiten nach 10.2 setzt voraus, dass der Stadt Bergisch Gladbach zusätzliche Mittel für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt werden (z.B. aus den vom Bund angekündigten Betriebskostenmitteln für den Ausbau des Krippenangebots).

14.2 Inkrafttreten

Die „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ treten zum 01.08.2008 in Kraft. Gleichzeitig verlieren die städtischen „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ vom 30.10.1985, zuletzt geändert am 20.09.2007, ihre Gültigkeit.

<-@